

Resolution zum BAföG

Die ZaPF fordert die Bundesregierung auf, sich endlich an die in den Koalitionsverhandlungen vereinbarten Ziele zu halten. Es bedarf einer echten Bildungsreform¹!

Schon jetzt erhalten nur etwa 15 Prozent der Studierenden BAföG², jedoch ist über ein Drittel der gesamten Studierendenschaft armutsgefährdet³. Die im Koalitionsvertrag angekündigten Reformen beim BAföG sind dringend notwendig! Hinsichtlich der geplanten Kürzungen im Bundeshaushalt 2024 sind diese allerdings unrealistisch. Die jetzige Planung stellt sogar eine Verschlechterung zum Status quo dar, da die Sätze nicht an Inflation angepasst werden können.

Wie auch schon in einer vorherigen Resolution⁴ fordern wir die Regierung dazu auf, folgende Punkte umzusetzen:

1. Automatische Anpassung der BAföG-Sätze
2. Wegfall der maximalen Förderungsdauer
3. Elternunabhängiges BAföG für alle
4. Realistische Wohngeldpauschale
5. Bundesweit einheitliche Online-Beantragung
6. Vorläufiger Antrag
7. Abschaffung des Leistungsnachweises
8. Streichung der Altershöchstgrenze
9. Honorierung von Ehrenämtern

Die Kürzung führt dazu, dass die Vereinbarungen des Koalitionsvertrags nicht einhaltbar sind!

Verabschiedet am 30. Oktober 2023
auf der ZaPF in Düsseldorf.

¹<https://www.bundesregierung.de/breg-de/service/gesetzesvorhaben/koalitionsvertrag-2021-1990800>

²https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2023/08/PD23_307_214.html

³https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2022/11/PD22_N066_63.html

⁴<https://zapfev.de/resolutionen/wise20/bafoeg/bafoeg.pdf>